

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Kofleben.
Druck, Berlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kofleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weiss, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kofleben Nr. 221. — Telegraphenkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lösen: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Sparverein Atern.

N 106

Sonnabend, den 5. September 1931

44. Jahrgang

Das Ende des Wiener Protokolls.

Kleine oder große Zollunion? — Die neuen Aufgaben.

Eine große Aktion der deutschen Außenpolitik ist beendet — eine Aktion, die in einem anderen Zeitpunkt und unter anderen Voraussetzungen zum Beweiser für eine weitreichende politische Entwicklung hätte werden können. Das Wiener Protokoll vom Februar dieses Jahres wird nicht weiterverfolgt werden. Die Außenminister Deutschlands und Österreichs haben in Genf darauf verzichtet müssen, aus den Richtlinien, die das Protokoll enthielt, den Vertrag einer Zollunion zu gestalten. Es kann kein Zweifel bestehen, daß unter allen Umständen ein Verzicht, die Wirtschaftsgebiete Deutschlands und Österreichs mit dem Ziel der Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zusammenzufassen, auf Widerstände gestoßen war, aber es ist doch auch nicht zu verkennen — und liegt nach dem Abschluß der Aktion form man das aussprechen —, daß die Begleitumstände diese Widerstände zur vollen Auswirkung brachten. Deutschland und Österreich haben, als sie an das Projekt der Zollunion herangingen, einen ersten praktischen Schritt tun wollen, um aus dem theoretischen Gebilde der Genfer Völkervereinigung herauszuwachsen und durch Verhandlungen den Weg zur Überwindung der Krisen, den Weg zu einer solidarischen Arbeit zu zeigen.

Die französischen Delegierten haben auf der Mattingung des Völkervereinigung selbst zugegeben, daß ihre Intention, daß die Abneigung der französischen Wirtschaftskreise gegen jede solidarische Aktion, den Versuch eines selbständigen Vorgehens der deutschen und der österreichischen Regierung erkläre.

Sie haben im Mai angekündigt, daß diese Inaktivität beendet sein werde, und daß sie bereit seien zum aktiven Mitarbeiten an der großen gemeinsamen Aktion. Aber damals hatte man sich durch gelegentliches Mitfragen durch die peinlichen Erfahrungen der vergangenen Wirtschaftsjahre schon zu weit auseinandergesetzt, daß eine Verständigung kaum noch zu erzielen war.

Der Sinn der deutsch-österreichischen Zollunion war die Zusammenfassung großer Wirtschaftsgebiete, die Erleichterung des Warenverkehrs, die Behinderung der durch die Verträge von Versailles und St. Germain gezogenen Zollgrenzen, die Beseitigung des unheimlichen Zollhandels durch die zahlreichen Staatsgebilde der Nachkriegszeit eigene konkurrierende Industrie- und Wirtschaftszweige begründete, die Abschwächung des innereuropäischen Konkurrenzkampfes, der unnatürliche Formen angenommen hatte. Die deutsch-österreichische Zollunion sollte ein Beispiel für die Bestärkung dieses unnatürlichen Zustandes sein, sie sollte im Kleinen durchführen, was im Großen die Gesamtheit der europäischen Staaten tun muß, wenn der innereuropäische Wirtschaftskampf nicht die Gefahren der Weltwirtschaftskrise noch steigern soll. Will man also zu einer wirtschaftlichen Befriedigung Europas kommen, so darf der Verzicht auf die deutsch-österreichische Zollunion nur bedeuten, daß man auf ein Beispiel verzichtet hat, nicht auf den Plan selbst. Man hat auf die kleine Zollunion verzichtet, aber man muß versuchen, nimmere die große Zollunion sofort zu schaffen.

Gerade weil der direkte Weg zu einer großen allgemeinen Zollunion aber schwer zu beschreiten ist, hatten sich Deutschland und Österreich einseitig zum selbständigen Vorgehen entschlossen.

In den Nebra zur Verteidigung des Wiener Protokolls war immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Schwierigkeiten von Wirtschaftsverträgen um so größer sind, je mehr Partner an diesen Verhandlungen sich beteiligen. Die Vielheit der Partner bei dem Projekt einer Zollunion in größerem Rahmen wird die kommenden Verhandlungen zweifellos wesentlich komplizierter gestalten, als es der Fall gewesen wäre, wenn man versucht hätte, mit einzelnen regionalen Zollunionen vorzugehen. Trotz dieser Schwierigkeiten, die niemand verkennen wird, aber nichts übrig bleibt, als den Weg früherer Verhandlungen zu beschreiten, denn andere wirklich brauchbare Projekte zur Behebung der Wirtschaftskrise bestehen bis jetzt nicht. Es wäre eine schlechte Ausrede, wenn etwa die anderen an dem Genfer Europa-Komitee beteiligten Staaten sich von dem Gedanken der europäischen Zollunion abwenden wollten, weil sie durch die Konflikte mißtrauisch geworden sind, die das deutsch-österreichische Protokoll hervorgerufen hat.

Die größere Wirtschaftskrise Frankreichs und der ihm nachstehenden Staaten hat das Zollunionsprojekt zu Fall gebracht, das der Anfang einer europäischen Umstellung werden sollte; aber wenn die Zollunionspläne jetzt in größerem Umfang wieder aufgenommen werden, so entsprechen sie ja den französischen Panuropa-Vorstellungen — wenn eben diese Vorlesung nicht nur grobe Theorie waren.

Verzicht auf die Zollunion.

Erklärungen Schobers und Curtius im Europakomitee. Genf, 4. September.

Da man damit rechnete, daß die Vertreter Österreichs und Deutschlands Erklärungen über eine Verzichtleistung auf den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion machen würden, herrschte bei Gründung der Europa-Kommission größte Spannung.

Österreichischer Außenminister

erattiert sofort das Wort und erklärte: In dem Bericht des

Wirtschaftsausschusses der Europakommission ist die Frage aufgeworfen worden, nicht eine neue Auffassung für die europäische Zusammenarbeit geschaffen werden müsse. In dem Bericht ist ferner festgestellt worden, daß ein wesentlicher Fortschritt in der Frage einer europäischen Union zu verzeichnen sei.

Diese Gedankenengänge hätten die deutsche und österreichische Regierung dazu geführt, daß der Gedanke einer Zollunion nur dann einen Erfolg erzielen könne, wenn auch andere Stellen sich bereitstellen würden, dieser Zollunion zwischen den beiden Staaten beizutreten.

Die Entwicklung, die beiden sich vollzogen hat, ist allgemein bekannt. Mit Rücksicht auf diese Entwicklung und in völliger Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung haben die beiden Regierungen nimmere sich verständigt und festgestellt, daß im Gegenatz zu den ursprünglichen Absichten Schwierigkeiten in der Durchführung des Zollunionsplanes eingetreten sind.

Die österreichische Regierung erklärt daher, das Projekt der österreichischen Zollunion nicht weiter verfolgen zu wollen, und hofft, daß diese Erklärung dazu beitragen werde, die notwendige allgemeine Beruhigung herbeizuführen und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Regierungen zu schaffen.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird zu einem größeren Teil außerordentlich verstärkt durch die bestehende weitreichende Vertrauenskrise, die die Grundlagen der europäischen Wirtschaft erschüttert. Die abgegebene Erklärung soll zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen und die engere europäische Zusammenarbeit für die Zukunft sichern.

Die österreichische Regierung ist nach wie vor bereit, an einer gemeinsamen europäischen Aktion mitzuwirken und erklärt von neuem ihre Bereitschaft, sämtliche Pläne für eine wirtschaftliche Gesundung und die Wiederherstellung eingehend zu prüfen.

Die österreichische Regierung hat bereits vor Jahren den Gedanken vertreten, daß ein gemeinsamer Wirtschaftsplan und eine Zusammenarbeit aller 27 europäischen Staaten nicht möglich sei und daß deshalb zu einer gruppenweisen Verhandlung geschritten werden muß.

Nach Schobers Rede errafft

Außenminister Dr. Curtius

das Wort und machte zunächst Ausführungen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, über Präferenzzölle und eine Annäherung an dem Wirtschaftsgebiete, die zum Zusammenschluß führen müsse, um dann fortzufahren:

„Der Gedanke der absoluten Notwendigkeit eines engeren wirtschaftlichen Zusammenhanges der europäischen Länder hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Die Sachverständigen haben sich von der Weite dieser Erkenntnisse tragen lassen.

Ich hoffe, daß diese Welle stark genug sein wird, auch die Regierungen über alle Hemmnisse und Bedenken hinweg dem vorgezeichneten Ziel entgegenzuführen.“

Die Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses berühren sich eng mit den Gedanken, aus denen vor einigen Monaten der Ähnen allen bekannte Plan der deutschen und der österreichischen Regierung hervorging. Wir liegt deshalb daran, einige Bemerkungen dazu zu machen, Bemerkungen, die unabhängig von dem in den nächsten Tagen zu erwartenden Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag sind, das sich auf die rechtliche Seite der Angelegenheit bezieht.

Die Absicht der deutschen und der österreichischen Regierung bei dem Projekt einer Zollunion zwischen ihren Ländern ist von vornherein dahin gegangen, daß dieser Plan der Ausgangspunkt für weitergehende Wirtschaftsverträge sein sollte, an denen eine möglichst große Anzahl europäischer Mächte teilnehmen hätte.

Seitdem haben sich die Ereignisse überföhrt, so daß sich die ursprüngliche Schachlage völlig verändert hat. Wir sehen jetzt hier in der europäischen Studienkommission vor Plänen von allgemeinerem Charakter. Wir wollen an der Verwirklichung dieser Pläne alles mit allen Kräften mitarbeiten.

In Erwartung eines fruchtbareren Ergebnisses der Arbeiten der europäischen Studienkommission hat die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung nicht die Absicht, das ursprüngliche ins Auge gefaßte Projekt weiter zu verfolgen.“

Dr. Curtius erklärte sodann zum Schluß, das erzielte Ergebnis der Arbeiten der Europakommission erscheine, gemessen an den Dimensionen der fürdrabar drängenden Not unserer Zeit, gering, und fuhr fort: „Daß wir in diesem ersten Jahr der Tätigkeit unseres europäischen Gremiums trotz aller gemeinsamen Bemühungen noch nicht zu Ergebnissen gelangen konnten, die unseren liebenden Vätern eine unmittelbare und spürbare Erleichterung bringen, wird viele mit bangem Zweifel erfüllen. Wir dürfen uns aber unterdessen durch solche Zweifel nicht lähmen lassen.“

Wir müssen uns den Schwierigkeiten, die wir alle im Laufe unserer bisherigen Arbeit immer deutlicher erkannt haben, nimmere nur die immer bringendere Mahnung entnehmen, nicht nur das, was schon jetzt praktisch durchführbar ist, schnell in die Tat umzusetzen, sondern darüber hinaus mit entschlossenem Mut auch an die uns obliegenden größeren Aufgaben heranzugehen.“

Befriedigung Flandins und Grandis

Die Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei gingen kurz auf die vom deutschen und österreichischen Vertreter abgegebenen Erklärungen ein. Der französische Finanzminister Flamin erklärte, er habe nicht die Absicht, im Augenblick die Erörterung über den Gesamtbericht des Koordinationskomitees fortzusetzen. Dagegen möge er schon jetzt die Bedeutung der von Dr. Schober und Dr. Curtius abgegebenen Erklärungen hervorheben.

Im Namen seiner Regierung nehme er Kenntnis von der in so glücklicher Weise zum Ausdruck gebrachten Absicht der beiden Regierungen, den Plan einer Zollunion nicht weiter zu verfolgen. Er hoffe, daß das durch diesen Plan unbeeinträchtigt entstehende Ansehen nimmere gehoben sei und daß glücklichere Bedingungen für die Entwidlung der europäischen Gemeinschaft, die den Deutscheswied dieses Ausschusses bilde, geschaffen würden.

Der italienische Außenminister Grandi erklärte, er nehme mit Befriedigung Kenntnis von den Erklärungen des deutschen und des österreichischen Vertreters, daß sie den Plan einer Zollunion nicht weiter verfolgen wollen.

Er würdige den Geist, der die Erklärungen der beiden Regierungen bestimmt habe, und helle gerne sei, daß diese Frage nimmere aus der Diskussion ausgeschlossen sei.

Der tschechoslowakische Delegierte, General Dr. Kralik, erklärte fernerseits, daß er mit lebhaftester Befriedigung von der deutschen und der österreichischen Erklärung Kenntnis nehme und überzeugt sei, daß sie zur allgemeinen Befriedigung Europas beitragen werde.

Befriedigung in Italien.

Die Ausöhnung mit dem heiligen Stuhl.

Rom, 4. September.

In allen Kreisen Italiens wird die Beilegung des monatelangen Konfliktes zwischen dem heiligen Stuhl und der italienischen Regierung wegen der katholischen Aktion begrüßt. Das schiedliche Parteirektorat hat an Mussolini ein Telegramm gerichtet, in dem es seine großen Genugtuung über die Vereinbarung Ausdruck gibt und das Bredachen ablegt.

„Die Abmachungen vollkommen loyal und als Fajadisten und Gläubige zur Anwendung zu bringen.“

„Dioratore Romano“, das Blatt des Vatikan, spricht in einem kurzen Kommentar ebenfalls von der großen Befriedigung über das Abkommen, das alle Katholiken mit Freude begrüßen werden und das alle Jurecht geben müsse, daß sich die schmerzlichen Zwischenfälle nicht wiederholen würden. Es sei überflüssig zu beweisen, daß mit der jetzigen Vereinbarung die Zufügigkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der katholischen Aktion und in der schiedlichen Partei wiederhergestellt worden sei.

Die Kommentare der römischen Abendblätter stellen ihrerseits fest, daß kein Verdacht des schiedlichen Eintrates auf seine grundlegende Förderung vorliege und daß ihm also die Erziehung, Heranbildung und Vorbereitung der Jugend allein in vollem Umfang zuteile.

Die politische, moralische und körperliche Ausöhnung der Jugend bleibt den Jugendorganisationen des Faschismus überlassen. Ferner wird noch besonders betont, daß auf Grund der jetzigen Vereinbarung ein Uebergang der katholischen Aktion auf politische oder gesellschaftliche, außerhalb der schiedlichen Partei stehende Formationen unmöglich geworden sei.

Eine Erklärung Castles.

Gegen Verchiebung der Abrüstungskonferenz.

Washington, 4. September.

Von Unterstaatssekretär Castle wurde erklärt, man halte es nach wie vor für äußerst wichtig, daß die Konferenz zum vereinbarten Termin stattfinden und endlich die tatsächlichen Ausgaben für Abrüstungen eingeleitet werden. Castle betonte weiter, das amerikanische Volk würde einen Ausbruch nicht verzeihen und die pingeliche Folge würde Enttäufung und das Schwenden jeder Aussicht sein, mit Europa am Friedenswert zusammenzuarbeiten.

Die amerikanische Regierung müßte sich einem eventuellen Beschluß des Völkervereinigung natürlich fügen, aber würde eine offizielle Bernachlässigung von einem Ausbruch der Konferenz mit möglicher Betonung des Militärs beantworten. Sollte der Termin wirklich verschoben werden, so sei gar nicht abzusehen, wann jemals wieder ein Termin vereinbart werden könnte.

Das Echo von Genf.

Die Verzichtserklärung auf eine bestimmte Voraussetzung.

Die Erklärung der Außenminister Deutschlands und Österreichs im Europa-Komitee sind von der gesamten Presse in größter Aufmerksamkeit wiedergegeben worden. Von den Rechtsblättern tabelt die „Berliner Morgen-Zeitung“ die Ausführungen des Ministers Curtius und bemerkt dazu, daß sie nicht die Abneigung von einer Politik gemeint, die noch im Mai als Lebensfrage des deutschen Volkes bezeichnet und als erste große Hoffnung einer beginnenden aktiven Außenpolitik empfunden worden sei.

Die dem Reichsanstalt nachstehende „Germania“ leit

den Nachdruck darauf, daß die österreichisch-deutsche Verständigung auf eine bestimmte Voraussetzung, „gewissermaßen auf eine Bedingung gestützt worden ist“. Am eingehendsten führt das Blatt dazu noch aus: „Beide Regierungen gehen in ihren Erklärungen von dem Gutachten aus, welches der Koordinationsausschuß dem Europa-Komitee vorgelegt hat und in dem von der Notwendigkeit zösnimistischer Anleiheausgaben in Europa die Rede ist. Die Bedingungslosigkeit, die bereits dem deutsch-österreichischen Urinanspruch zugrunde lagen, sind also hier von neuem von einem internationalen Gremium aufgenommen worden. Wir haben gegenüber neuen Erklärungen festlich zu sein. Nichtsdestoweniger hoffen wir auf ein Ergebnis dieser neuen Bestrebungen. Sollte dieser erneute Kollektivvertrag wiederum zum Scheitern verurteilt sein, so tritt der deutsche und österreichische Anspruch auf zösnimistische Selbsthilfe jedenfalls wieder unvermindert in Kraft.“

Rückblick Simons.

Die Lage in Deutschland nach den letzten Ereignissen. New York, 4. September.

Der amerikanische Staatssekretär **Simons** gab nach seiner Landung von Mexiko aus Europa eine Erklärung über die wichtigsten Ereignisse der letzten Monate in Europa und führte u. a. aus: Wir haben seit Beendigung der Londoner Siebenmächtekonferenz im vergangenen Monat Gelegenheit gehabt, uns ein Bild von dem Wert der Ergebnisse dieser Konferenz und der verschiedenen ihr vorgegangenen und gefolgten Konferenzen zu machen.

Auf Grund meiner Informationen glaube ich, daß Deutschland von einem neuen Geiste des Mutes und des Vertrauens befeht ist. Der Ausgang des Volksentscheides und die Tatsache, daß am Tage der Wiederöffnung der deutschen Bänke die Einzahlungen die Abrechnungen überstiegen sowie zahlreiche ähnliche Anzeichen weisen sämtlich auf hoffnungsvolle Verhältnisse und eine optimistische Stimmung hin.

Nach ermutigender waren die Zusammenkünfte der französischen und deutschen Minister sowie der freundschaftliche und persönliche Geist, in dem Lausanne und Brüssel die Erörterung der ihre Länder trennenden lebenswichtigen politischen Fragen begonnen haben. Dasselbe gilt für die Besprechungen, die zwischen den deutschen und englischen sowie den deutschen und italienischen Staatsmännern stattgefunden haben.

Die Regierung in Braunschweig.

Nur ein Minister. Braunschweig, 4. September.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte der Länder und Gemeinden erläßt die braunschweigische Regierung eine Verordnung über die Führung der Geschäfte des Staatsministeriums durch einen Minister. Danach besteht das Staatsministerium aus nur einem Minister. Der Landtag ist berechtigt, zwei Minister zu wählen.

Der Franzosenbesuch in Berlin.

Vorausichtlich am 26. September. Genf, 3. September.

Zwischen dem deutschen Außenminister und Herrn **Francois-Bonnet** wurde in Genf auf der französischen Ministerbesuch in Berlin beschlossen. Das Datum ist noch nicht endgültig festgelegt. Voraussichtlich ist der 26. September in Aussicht genommen.

Bis dahin wird auch die Völkervereinigung abgeschlossen sein. Man rechnet sogar bestimmt damit, daß die Tagung einige Tage früher zu Ende geht. Der französische Außenminister **Briand**, der erst Anfang der kommenden Woche hier in Genf eintrifft, wird nicht während der ganzen Dauer der Tagung hierbleiben, sondern so frühzeitig nach Paris zurückkehren, daß er rechtzeitig die Reise nach Berlin antreten kann.

In der Berliner Reise wird außer dem französischen Außenminister **Briand** der französische Ministerpräsident **Casaul** teilnehmen; beide Herren werden nur von ihren engsten Mitarbeitern begleitet sein.

Es handelt sich um einen Besuch in der Art des ersten Besuchs der deutschen Minister in Chequers und Paris. Die bisherige Vorbereitung des Berliner Besuches scheint aber bereits zu der Hoffnung zu berechtigen, daß voraussichtlich auch positive Verhandlungen, und zwar wirtschaftlicher Art, das Ergebnis dieses Berliner Besuches sein werden.

Verfassungsänderung in Serbien.

Eine Proklamation König Alexanders. Belgrad, 4. September.

Die schon seit längerer Zeit erwartete Verfassungsänderung in Jugoslawien ist jetzt Tatsache geworden. König **Alexander** hat das Kabinett durch die Ernennung neuer Minister ergänzt und ein Manifest erlassen, in dem erklärt wird, der König sei nunmehr in die Lage versetzt, sein feierliches Versprechen der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Regimes einzulösen.

In dem Manifest wird jedoch die neue Verfassung, und zwar die konstitutionelle liberale Monarchie unter der Dynastie der Karaageorgewitsch, verkündet.

Die alte Volksvertretung, die Stupitschina, wird durch die Schaffung einer zweiten Kammer, des Senats, erweitert. Für die Intraffsetzung von Gesetzen ist die Übereinstimmung der beiden Kammern notwendig.

Gleichzeitig wird den Verwaltungsbereichen, den **Natzen**, eine weitgehende Autonomie eingeräumt.

Quirinal und Vatikan.

Die Einigung in Rom. Rom, 3. September.

Die Differenzen zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan, die wegen der Auflösung der Jugendverbände in der katholischen Aktion und der Tätigkeit der Dreiganisation selbst entstanden waren, sind nach folgenden Grundrissen aus dem Wege geräumt worden. Die katholische Aktion wird als reine Disziplinargesellschaft behandelt, die direkt den Bischöfen untersteht ist. Durch die Bischöfe erfolgt auch die Bestellung der kirchlichen und weltlichen Führer.

Als Führer sind Personen, die der Opposition gegen das Regime angehören, ungeeignet. Ihre religiösen Ziele entsprechend befristigt ist die katholische Aktion nicht mit Politik.

In ihren äußeren Organisationsformen enthält sie sich insoweit als aller Dinge, die überkommenermaßen für politische Parteien charakteristisch sind. Als Führer der Vorkatolischen der Aktion dient die Nationalaktion. Zum Programm des Verbandes gehört nicht die Bildung von Berufsverbänden und Gewerkschaften.

Sie beschäftigt sich insoweit auch nicht mit gewerkschaftlichen Fragen und Zielen.

Soweit innerhalb des Verbandes Zusammenschlüsse nach Berufsgruppen zurzeit bestehen, gelten sie als ausschließlich zur Verfolgung spiritueller und religiöser Ziele gebildet und sie verpflichten sich ferner, daran mitzuarbeiten, daß die legale Gewerkschaft, der sie angehören, in immer umfassenderem Maße den Prinzipien der Zusammenarbeit der Klassen und den dem Staat gestellten sozialen und nationalen Zielen gerecht wird.

Die der katholischen Aktion angehörenden Jugendverbände dieser Platte und Abzweigen führen, die genau den von der Aktion zu verfolgenden religiösen Zielen entsprechen. Als Folge ist keine andere Folge zugelassen als die Nationalaktion mit Ausnahme von Professionszweigen.

Die Vorkatolischen enthalten sich aller sportlichen und der Körperausbildung gedienten Tätigkeiten und beschränken sich auf Zusammenkünfte, die den Charakter der Erholung und Erziehung auf der Grundlage der Religion zu tragen haben.

Deutsche Tageschau.

Preussische Notverordnung nächste Woche.

Die Kabinettsberatungen in Preußen über die Sparmaßnahmen sind nach zweitägiger Dauer abgeschlossen worden. Es sind Hunderte von einzelnen Punkten beraten worden, so daß die verbleibenden Materien mehrere Tage gebraucht werden. Den zahlreichsten Bestimmungen die erforderliche genaue Fassung zu geben, um sie alsdann in die zu erlassende Notverordnung zu bringen. Einzelheiten, insbesondere über die künftige Besoldung der leitenden Gemeindebeamten, sind noch nicht zu erfahren. Tatsache ist jedoch, daß verschiedene Abteilungen in der Bemessung der Gehälter je nach Größe der Städte vorgehen. Mit der Veröffentlichung der neuen Notverordnung ist erst in der kommenden Woche zu rechnen.

Die preussischen Sparmaßnahmen.

Durchprüfung der Sparmaßregeln. Berlin, 3. September.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium am Mittwoch die Beratung der Sparmaßnahmen fortgesetzt. Nachdem am Dienstag die Sparmaßregeln im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse der Sparmaßnahmen erörtert worden waren, wurden am Mittwoch die Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Güterverteilung, der Rechtspflege sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden durchgeprüft. Die zu erlassenden Notverordnungen bedürfen noch einer abschließenden redaktionellen Fassung, so daß erst in einigen Tagen mit ihrer Veröffentlichung zu rechnen sein wird.

Kein Nationalsozialist als Minister in Braunschweig.

Der völkernationale Abgeordnete im braunschweigischen Landtag, **Schradt**, dessen Stimme für alle Wehrdienstleistungen entscheidend ist, wird im Landtag erklären, daß er gegen einen etwaigen neuen nationalsozialistischen Minister stimmen werde. Wenn die letzte Notverordnung dem Kabinett die Möglichkeit gebe, den zweiten Ministerposten einzunehmen, so müsse das geschehen. Am braunschweigischen Landtag haben 19 Reichstimmen 20 Reichstimmen gegenüber. Wenn Abgeordneter **Schradt** bei der Ministerwahl mit der linken gegen Recht stimmt, so ist dessen Wahl damit gesichert.

Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Aus der Außenhandelsstatistik für die ersten sieben Monate des Jahres ergibt sich, daß aus Deutschland nach Frankreich für 3818 Millionen Franken Waren eingeführt wurden gegenüber 4680 Millionen Franken im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Rückführung aus Frankreich nach Deutschland betrug in den ersten sieben Monaten des Jahres 1931 1790 Millionen Franken gegenüber 2567 Millionen Franken im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Auslands-Rundschau.

Der Mord an dem Abgeordneten Holwitz.

Im Verlauf der Untersuchung über die Ermordung des Abgeordneten **Holwitz** in Weimar sind jetzt die Hausangestellte und der Tormann der Pension, in der **Holwitz** ermordet wurde, wegen des Verdachts, verurteilende Aussagen abgegeben zu haben, verhaftet worden. Von den Mördern sind aber bisher noch keine Spur zu sehen.

Die Verhaftung der Mitarbeiter Primo de Rivera.

Drei weitere ehemalige Mitarbeiter **Primo de Riveras** sind in Spanien verhaftet worden, und zwar die Generale **Rovarro**, **Galdo** und **Comelant**. Die genannten Offiziere werden nach Madrid übergeführt. Der Untersuchungsausschuß hat beschlossen, sämtliche Minister und Unterstaatssekretäre der Diktaturzeit verhaften zu lassen, also alle Verantwortlichen, die während dieser Periode Dekrete unterzeichnet haben.

Deportierung der portugiesischen Ausländer.

Der Dampfer **„Aebro Gomey“** mit 23 Offizieren, 62 Unteroffizieren und 271 Zivilpersonen, die an der letzten Ausflugsbewegung teilgenommen haben, von Lifabon nach der portugiesischen Kolonie auf der Südküste Timor ausgelassen. Die Deportierten werden von einem starken Militärgeleit begleitet.

Die Meuterei in der philippinischen Marine.

Die Neuposter Blätter beschäftigen sich mit der Meuterei der philippinischen Flotte. Einem Bericht der **„Times“** aus Santiago zufolge gehen die Forderungen der Matrosen erheblich über die Anforderungen hinaus, denn in ihrem Programm ist von einer Aufhebung des Vorkommandobefehles und von einer Sonderbeurteilung der hohen Einkommen die Rede.

Rücktritt des philippinischen Kabinetts. Das philippinische Kabinett ist zurückgetreten. Eine Sonderkommission des philippinischen Kongresses ist einberufen worden, um über die Frage einer Verhängung des Belagerungszustandes Beschluß zu fassen.

Massenverpflanzung in Sowjetrußland. Im Jahre 1932/33 sollen etwa 25 Millionen Menschen von den russischen staatlichen Röhren verpflanzt werden. Die Verpflanzung der Arbeiter und ihrer Familien soll mit allen Mitteln durchgeführt werden.

Der Beihilfetat in den Vereinigten Staaten. Während der 62 ersten Tage des Finanzjahres 1932/33 betrug die Beihilfetat der Vereinigten Staaten auf 896 365 000 Dollar belaufen.

Aus der Umgegend

Neuro, 5. September.

Vor 300 Jahren.

Wolfgang Adolf Christ und Held
Wolfgang Adolf Christ
Mausenfreit für die Welt

Nachdem im Mai das Jubiläum der fünfjährigen Zerföhrung Magdeburgs zu Erinnerungstagen Anlaß gegeben hat, führt sich jetzt zum 300. Male der Tag von Breitenfeld. Am 7. September 1631 trafen **Gustav Adolf** von Schweden und der kaiserliche Feldherr **Tilly** in der weiten Ebene bei Leipzig aufeinander. Die Provinz Sachsen war gewissermaßen vereinigt, während **Tilly** von Wölmirsdorf über Eisleben und Schandau nach Leipzig zog. Infolgebegeben gibt es zahlreiche Orte, verstreut über die ganze Provinz Sachsen, die bestimmte Erinnerungen an die Zeit vor 300 Jahren aufweisen. **Gustav Adolf** blieb Sieger über **Tilly**. Er wies damit die Scharte von Magdeburg aus. Die Sache des Protestantismus, die man schon fast verloren gegeben hatte, wurde neu begründet und befestigt. Es bestand in Zukunft keine Aussicht mehr, daß lutherischer Glaube vor der Gegenreformation werde zurückweichen müssen. In diesem Sinne geht man in allen evangelischen Gemeinden und Vereinen mit Töls des Tages von Breitenfeld. Sie geloben es sich gegenseitig, dafür zu sorgen, daß das Gedächtnis von Breitenfeld und **Gustav Adolf** auch in der Gegenwart gewahrt wird. — Die große Erinnerungsfest an die Schlacht bei Breitenfeld, die Sonntag den 6. September, nachmittags 3 Uhr am Breitenfelder **Gustav-Adolf-Gebirgsfest** stattfindet, wird durch mehrere deutsche Gendern, u. a. die **Ultrag** und die **Ultrag** übertragen. Die Feier besteht aus Choralsingung und einer Reihe von Ansprachen, gehalten von Oberkirchenrat **D. Silbert**, Leipzig, General a. D. **Kaden**, einem sächsischen und fünfzigem Vertreter, dem Leipziger Oberbürgermeister und Geheimrat **Prof. D. Dr. Reubert**.

Für die Frauenwelt. Kommen den Dienstag abend 8 Uhr soll nach längerer Pause wieder eine Frauenmissionsnachtsstunde gehalten werden, wobei alle evangelischen Frauen unserer Gemeinde herzlich eingeladen sind.

Von der Schützengilde Am morgigen Sonntag veranstaltet unsere Schützengilde das übliche Schützenfest. Nach einmal werden somit die Büchsen knallen und die Schützengilden mit ihren Gästen im Schützenhausgarten sich vergnügen bei guter musikalischer Unterhaltung zusammenfinden. Am Abend findet als Abschluß der Veranstaltung ein Ball statt.

Stadt-Tischspiele. Die Sonntagvorstellung hat einen Anlauf genommen auf dem Programm. Die Wöln, der größte europäische Strom, wird in ihren interessantesten Teilen auf der weißen Wand sich präsentieren. — Ein zweiter Film beschäftigt sich mit etwas Nüchternem; mit der Gefährdung. Daß in Deutschland die Gefährdung noch lange nicht genügende Bedeutung findet, beweist die behauerliche Tatsache, daß für viele Millionen Reichsmark Tier von Auslande bezogen werden müssen. Vielleicht hilft der Film die Gefährdung fördern.

Reinsdorf. Durch Beschluß der Regierung (Abteilung für Kirchen- und Schulwesen als Schulnützlichebehörde) ist die Gemeinde **Breit-Völn** aus dem Gemeindefürsorgeverband **Reinsdorf**, dem sie als Reichsstadtsfolger des aufgelösten Gutbesitzer **Janitz** angehört, herausgenommen. Die Gemeinde **Reinsdorf** bildet nunmehr einen Eigen-Schulverband.

Spielberg, 3. Sept. Nachmittags gegen 6 Uhr ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall. Die Arbeiterin **Karoline Müller** fiel beim Drehen von einem Strobbelme aus etwa 8—10 Meter Höhe. Sie zog sich schwere innere Verletzungen zu und wurde mit dem Krankenfuhrer in die Chirurgische Klinik nach Halle gebracht werden.

Rohleben. (Reichs-Jugendwettkämpfe.) Freitag morgen marschieren, geführt von ihren Herren Lehrern, die oberen Klassen der zum Kampferbender **Rohleben** zählenden auswärtigen Schulen mit Gesang in **Rohleben** ein. Auf dem Spielplatz waren bereits die Schüler der **Rohleben** Volksschule und der höheren Privatschule anwesend. Nach Aufstellung der Kinder in Reih und Glied erfolgte der Abmarsch mit Musik zum Eintrachtsspielplatz an der **Waldstraße**, wo sogleich mit größtem Eifer die Kämpfe einsetzten. Das zunehmende Interesse der Eltern am Turnen der Kinder läßt sich am besten beobachten an der von Jahr zu Jahr steigenden Zahl der Zuschauer. Heute war das Interesse besonders groß. Die Erwachsenen beobachteten fortgesetzt die schönen Turnübungen und Spiele der Kinder, ließen es auch bei besonders beachtlichen Leistungen an Beifall nicht fehlen. Bis um 1 Uhr dauerte der Turn- und Spielbetrieb an, dann erfolgte die Siegerfeier und der Einzug mit Musik in den Ort, wo auf dem Schulplatz sich der Zug aufstellte. Die auswärtigen Schulen marschieren jetzt ihren Heimatsorten an, während die hiesigen Kinder nach einer Mittagspause zum zweiten Male nach dem Spielplatz ziehen werden. Diesmal jedoch werden alle Kinder an dem Umzuge teilnehmen, also auch die Kleinen, die sich ebenfalls mit Unterhaltungsspielen beschäftigen dürfen. Am Abend ist dann ein Campionnum und das Festspiel auf dem Plage vor der Kirche. Das Wetter war den ganzen Tag über der Veranstaltung günstig.

Wiesche. (Geringe Postgebote.) Bei einer letzten stattgefundenen Aderverpachtung der Stadtgemeinde **Wiesche** wurden für einzelne Parzellen, die bisher an die hundert Mark Post geboten hatten, nur die Hälfte geboten. Der Zuschlag wurde daher nicht erteilt und soll durch Verhandlungen wenigstens ein etwas höherer Preis erzielt werden. Ebenfalls zeigt auch die Verpachtung die Notlage der auf Postacker angewiesenen Landwirtschaft, die sich heute nicht so leicht mehr zu früheren Geboten hinziehen läßt.

Hebrungen. Am Dienstag abend gegen 10.15 Uhr wurde der Arbeiter **Willy Ende** von hier auf der **Reinsdorfer Chaussee** überfallen. Er war in Artern mit dem Fuhrwerke gewiesen und schob das Rad der **Reinsdorfer Berg** hoch. In der Nähe des **Rundteiles** kamen drei junge Burischen, zwei große und ein kleiner, und dem **Willy** auf ihn zu und schlugen plötzlich auf ihn ein. Er erhielt Schläge unter das Auge, über die Schultern und Rücken, vermutlich mit einem Schlaginstrument, und wurde von einem **Wreiter** Einwohner, der des Weges kam, beimungelose aufgefunden. Ein Arterner

Personenauto, das angefahren kam, brachte den Verletzten nach Hedwigswall.

Hebräerinnen. (Hotel Schwan.) 100 Jahre im Familienbesitz. Am 2. September d. J. starb das „Hotel Schwan“, jetzt „Haus Schwan“, 100 Jahre im Besitz der Familie Henze. Das Geschäft, das im Jahre 1831 schon längere Zeit bestand, wurde am 2. September 1831 von Friedrich Henze kassiert erworben. Es vererbte sich auf die Söhne und ist heute im Besitz von Herrn Hugo Henze. Das angeheiratete und von den Besessenen viel bewunderte Hotel hat sich stets vorwärts entwickelt und die angenehmen Räumlichkeiten bieten vorzüglichsten Aufenthalt. Die Familie Henze wurde aus Anlaß dieses Jubiläums von vielen Seiten aufs herzlichste beglückwünscht.

Sangerhausen. Der Streit um die Weisbehaltung oder Aufhebung der Fahrstraße ist jetzt dahin entschieden, daß man sich entschlossen hat, die rechte Kramstraße, deren zwei im Jahre 1847 stifteten, beizubehalten. Der Weisbehaltmarkt dagegen soll nach dem Wunsch der Kaufmannschaft in Zukunft wegfallen.

Meimar. Der Kindesmörder Dahler, der das Verbrechen bei Weimar beging, wurde dem Landgericht Weimar zugeführt. Der Prozeß gegen ihn wird voraussichtlich schon im Oktober stattfinden.

Der Herr bürgerlicher Legationshändler will angeblich am Dienstag d. 18. d. M. ein Hotel in der Nähe des Borores Ernie überfallen und beraubt worden sein. Wie er behauptet, habe er am Ende eines Weges auf seinem Warenboden ausser einem Koffer zwei unbekannte etwa 22 bis 24 Jahre alte Männer auf ihn zugekommen und hätten ihm seine Briefschlüssel mit 30 Mark Bargeld geraubt. Er habe einen Schrei über den Kopf erheben und sei am Hals gewürgt worden. Die polizeilichen Ermittlungen wurden aufgenommen.

Lengenberg b. Ger. Am Donnerstag mittag ereignete sich am berüchtigten Worpansberg ein schweres Unglück. Als ein Fernfahrergewagen aus Hamburg den steilen Berg abwärts fuhr, verlor es die Bremsen. Der Führer verlor deshalb, zwei vor ihm folgende zusammengepackte Erntemaschinen zu überholen. Dabei kam der Seilzug ins Seilgedröhre. Der hintere Wagen wurde gegen ein Haus gedrückt, erfasste dort den Schürigen Rentner Eilpold aus Lengenberg und quetschte den Greis derart an die Wand, daß der Bedauernswerte vollkommen zermalmt wurde.

Wetter erste der Wagen den 17jährigen Malergesellen Fritz Pöhl, der eine ganze Straße weit, zwischen beiden Wagen hängend, mitgeschleift wurde und erst befreit werden konnte, als der Zerkeln an einer Mauer fest verstricktem zum Stehen gekommen war. Pöhl wurde in schwer verletztem Zustande ins Kreiskrankenhaus Müßig gebracht. An seinem Aufkommen wird gewagt. Schließlich wurde noch eine Frau von dem Kraftwagen ergriffen. Sie erlitt schwere Verletzungen am Kopf und an den Beinen. Der Führer des Wagens blieb unverletzt. Eine Beifahrerin kam mit unbedeutenden Verletzungen davon.

Die Unachtsamkeit einer einen vormaligen Zimmerknechten dar. Die Telefonleitung wurde beschädigt, die Masten wurden glatt abgebrochen. Der hintere Wagen der Pferdegepanns wurde völlig in Stücke gerissen.

Die Pferde gingen in dem Vorderwagen durch, konnten aber aufgehoben werden, bevor sie Unheil anrichteten.

Die Bewohnerhaft Lengenberg befindet sich in begreiflicher Erregung, denn an dieser gefährlichen Stelle haben sich nun schon vier Unglücksfälle mit erstem Ausgang in diesem Jahre zugezogen. Man fordert endlich das Eingreifen der zuständigen Stellen, um weitere Unfallschicksale zu verhindern.

Geleben. Die Mansfeld M.G. hat in ihren Betrieben eine weitere Feuerschicht eingeführt, so daß jetzt nur noch an vier Tagen in der Woche gearbeitet wird.

Gienach. Am Mittwoch morgen zwischen 7 und 8 Uhr wurde die 27jährige Witwe Georgine Koch, die einen Flaschen- und Zigarettenhandel am Rande der Stadt, im Ruten Hof, betreibt, von vier jungen Buben in ihrem Geschäft überfallen. Die Räuber entstellten die Frau, warfen ihr eine Masse über und schleppten sie in den Keller, wo sie die Geschelte liegen ließen. Darauf durchschritten sie das ganze Haus, erbeuteten nur aber 70 bis 80 Mark Bargeld, eine goldene Damenuhr sowie mehrere Kisten Zigaretten und Zigaretten. Die Täter flüchteten darauf in die nahen Wälder.

Es handelt sich um junge Leute im Alter von etwa 22 bis 24 Jahren. Einer von ihnen hatte schon am Vorabend Zigaretten im gleichen Geschäft gekauft und dabei angedeutet die Gelegenheit zum Raube erkannt. Die Kriminalpolizei setzte sofort alle Kräfte ein, um die Räuber zu fassen.

Nachhausen. Kautabak gefragt. — Die Kautabakindustrie hat einen so günstigen Geschäftsgang zu verzeichnen, daß sich die Kautabakfirma Grimm & Rieppl in der Lage sieht, eine Erweiterung ihres Betriebs vorzunehmen und einen Fabrikneubau in unmittelbarer Nähe der jetzigen Fabrikgebäude zu errichten, der schon in den nächsten Tagen begonnen werden soll.

Magdeburg. Die schlechte Wirtschaftslage weitet Kreise der Bevölkerung, hat einen erheblichen Rückgang der Straßenbahnbenutzung zur Folge gehabt. Um Entlastungen zu vermeiden, beschloß die Leitung der Magdeburger Straßenbahn, die bisherige neunstündige Arbeitszeit zunächst um eine halbe Stunde und nach einiger Zeit um eine weitere halbe Stunde zu verkürzen. Ein Ausgleich für die hierdurch entstehenden Mehrausgaben soll dadurch herbeigeführt werden, daß die Bahnfahrertarife von 1.70 auf 1.80 Mark und die Sechsfahrttarife von 1 auf 1.06 Mark 1.80 Mark und die Sechsfahrttarife von 1 auf 1.6 Mark erhöht werden.

Neues aus aller Welt.

Rohlsatz gegen einen Arzt. Der Leiter der Chirurgischen Abteilung des Krankenhauses in Berlin, Weissenberg, Dr. Seiber, wurde von einem Mann auf das grösste bedrängt und misshandelt. Der Täter schlug dem Arzt ins Gesicht, so daß die Verletzungen davontrug. Das von einer sehr heftigen Lebensform kommend konnte der Kräftige leider nicht mehr fassen, da dieser inzwischen die Flucht ergriffen hatte.

Die Wulkower Fallmüher. In der Wulkower Fallmühlerengemeinde haben die Vermittlungen ergeben, daß die beiden Verletzten von 50 000 Mark Fallgeld in Umlauf gesetzt haben. Sie hatten übrigens einen dritten Helfer, einen bereits wegen Bantnotenfälschung verurteilten Arbeiter Lindemann aus Westfalen, der rechtzeitig

entweichen konnte. Lindemann nach dem gegenwärtig gefasst wird, hatte offenbar während die Fallmüher im Gebiet zwischen Magdeburg und Hamburg abzuholen.

Empfang von Gronau in Chicago. In Chicago wurde der Ehrenbürger von Gronau von Bürgermeister Gernat und Vertretern der Weltausstellung, die 1933 in Chicago stattfinden soll, offiziell begrüßt und zu feierlichem Empfang herzlich beglückwünscht, der zum erstenmal Chicago zum Endziel hatte. Gronau beabsichtigt, falls die an seinem Flugzeug notwendigen Reparaturen dies gestatten, nach Cleveland zu fliegen, um an der dortigen nationalen Flugwoche teilzunehmen.

Ueberflutungsweggefähr in Anklam. Durch die Ueberflutung des Angale-Flusses wird die Stadt Anklam hart bedrückt. Drei besonders wichtige Dämme, die vor dem Weltfest liegen, sind von den Fluten weggeschwemmt worden. Laufende von Fischlingen kamen sich auf den berühmten Stadtmauern auf. Es sind bereits Maßnahmen getroffen worden, um das Eindringen des Wassers in die Stadt zu verhindern.

Drei Personen durch abflürendes Flugzeug gefeßt. Ferrara, 4. September. Bei einer Luftparade führte ein Militärflugzeug infolge eines Unfalls ein heftiges beim Start auf die Zuschauermenge. Hierbei wurden drei Personen gefeßt und mehrere schwer verletzt.

Internationaler Tagendiebstahl festgenommen. Beamten des Eisenbahnüberwachungsdienstes gelang es, auf dem Eisenbahnhof Friedrichstraße in Berlin in einem D-Zug einen internationalen Tagendiebstahl festzunehmen. Er hatte gerade einen Herrn die Briefschlüssel mit 350 RM und diversen Papieren gestohlen.

Zweifelhafte Hotel wiederbebrannt. Im Hotel Herold in Holzgerlingen kam ein Großfeuer aus. Der Brand griff mit großer Geschwindigkeit an sich. Das Hotel, ein zweistöckiges Fachwerkhaus, brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Gäste wurden in einem benachbarten Hotel untergebracht. Das gesamte Mobiliar ist vernichtet. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Mordprozeß in Essen. Das Schwurgericht in Essen hatte sich mit einer blutigen Eifersuchtschlaggebe zu befassen, die im April dieses Jahres in der Essener Bevölkerung großes Aufsehen erregte. Unter der Anklage des Mordes stand der 35 Jahre alte Schlosser Rauch aus Stolpeberg, der in der Frühe des 15. April eine chemische Brauerei, die Gesellschaftliche Getränke Kreyper, durch Revolverentladung gefeßt hatte, nachdem er sie im Neben vor der Tat mit einem anderen Manne in einer Gastwirtschaft getroffen und Drohungen gegen sie ausgesprochen hatte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Totschlags, verbottener Waffenbesitzes und Wädigung zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Großer Sprengstoffdiebstahl. Im Ratsfeinbruch in Chemnitz, der der Stadtgemeinde Chemnitz gehört, wurde im Pulverhaus die Zinnernauer erschossen und durch einen Sprengstoff die Zinnernauer erschossen. Gegenwärtig sind Kriminalpolizei haben die Fährdung nach den Tätern aufgenommen. Es wird angenommen, daß es sich um ein politisches Verbrechen handelt.

Von Edmüssen verurteilt. Der 72 Jahre alte Outsbiller Friedrich Bemme aus Niederlinda bei Chemnitz wurde bei Arbeiten in seinem Brunnen von hereinfallenden Edmüssen verurteilt und konnte nur noch als Beizhe gezogen werden. Ein Arbeiter wurde dabei ebenfalls verurteilt und erlitt schwere Verletzungen.

Schwerer Einsturzungsfall. In Wittenberg ereignete sich in der Auguststraße ein schwerer Einsturzungsfall. Als Handwerker bei der Auserlesung eines Hausbades beschäftigt war, stürzte das Sims der Badewanne in seiner ganzen Breite herab und traf einen Dachdeckermeister und einen Klempnermeister mit. Beide wurden schwer verletzt. Ein auf dem Bürgerfest fester Klempnerlehrling erlitt durch herabfallende Steine erhebliche Verletzungen.

Selbstmord eines Breslauer Beamten. In der Nähe von Steine wurde die Leiche des 37jährigen Oberingenieurs Bruno Reefe aus Breslau aufgefunden. Reefe hatte sich einen Schuß in den Mund beigebracht. Er verstarb seit vielen Jahren in blühlichen Diensten, zuletzt als Oberingenieur in Breslauer Maschinenbauamt. Es schwebte gegen ihn ein Disziplinarverfahren, mit dem eine vorläufige Entlassung von den Dienstverhältnissen verbunden war. Reefe wurde beschuldigt, verschiedene Firmen bei der Lieferung von Waren bevorzugt zu haben. Die Untersuchungen, die in diesen Tagen zum Abschluß kommen sollten, haben zwar entsprechende Verlesungen ergeben, doch soll Reefe daraus keine persönlichen Vorteile gezogen und auch die Stadt Breslau keinen Schaden erlitten haben.

Trecher Einbruchdiebstahl. In Auerbach an der Bergstraße drangen unbekannte Täter in das Hotel Krone ein und stahlen aus dem Zimmer der dort wohnenden amerikanischen Familie Hulegumham einen Kreditbrief über 5000 Dollar, ausgefertigt von der First Bank of Chicago, ein Reisepassbuch, ausgefertigt von der Stadtkanzlei Evanston (Illinois, U.S.A.), das nach 360 Dollar enthielt, ferner Schlüssel und eine goldene Uhr. Außerdem nahmen die Diebe noch die Schiffskarten für vier Personen, lautend auf den Dampfer „Mauretania“ per 12. September ab Cherbourg, mit. Die Polizei in Darmstadt warnt alle Bank- und Geldinstitute vor der Einleitung der gestohlenen Papiere.

Sühne für eine Bluttat. Das Anhaltsche Schwurgericht verurteilte über die Bluttat, der am Pfingstmontag der Arbeiter Hans Belger aus G. 3 1/2 g zum Opfer fiel. Belger kam an diesem Abend von einem Festschmaus nach Hause und wurde im Hausflur von seinem Neffen, dem vorbestraften 27jährigen arbeitslosen Friedrich Belger, und dem 34 Jahre alten aus Raiferslautern gebürtigen Klempner Bang überfallen. Beide traktierten ihn mit Weisheiten, so nieder. Dem Neffen wurden Verlesungen zu seinen 37 Jahre alten Tante nachgelagt, die sich mit den beiden wegen Wordes zu verantworten hatte. Das Schwurgericht verurteilte Friedrich Belger zu 12 Jahren, Bang zu 15 Jahren und Frau Belger zu 10 Jahren Zuchthaus.

Die verirrten Touristen. Die verirrten Touristen aus Sitten wurden von Rettungscolonnen geborgen. Alle fünf Touristen sind wohlbehalten in A. o. l. a. e. n. g. e. t. r. o. f. f. e. n.

Wochenendwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landeswetterwarte Weimar. Das ganze westliche und nördliche Europa bedeckt ein großes Tiefdruckgebiet. Zur Zeit liegen zwei besonders tief-

tige Minima über der irischen See und dem Skagerrak. Dem Luftdruckfall entsprechend wechelt der erlere nach Frontseite, der letztere nach der mittleren Ostsee weiter. Besonders letzterer gewinnt dabei erheblich an Energie. Die Wetterlage wird daher höchst unklar werden mit dauernder Neigung zu stärkeren Regenfällen, allerdings noch bei ziemlich mildem Wetter. Die weitere Entwicklung ist höchst unklar, da die ziemlich großen Temperaturdifferenzen wieder die Bildung neuer Schlechtwettergebiete begünstigen.

Spiel und Sport

Nebracer Sportvereinigung 1924.

Am morgigen Sonntag sind wieder alle vier Verbandsmannschaften tätig. Die schwerste Aufgabe hat die 1. Elf zu lösen, denn sie hat in Krosleben gegen S.C. Eintracht Krosleben 1. im Verbandsspiel anzutreten. Wenn es uns auch erst vor kurzem gelungen ist, im Polarispiel in Querfurt Krosleben 1. mit 4:0 abzuhängen, so glauben wir morgen kaum an einen Sieg, trotzdem wir mit der kompletten 1. Mannschaft antreten werden. Krosleben hat den Vorteil des eigenen Platzes und nicht zuletzt dergleichen, die fanatischen Zuschauer, hinter sich. Unsere 1. Elf wird bestimmt keinen leichten Stand haben, wenn sie ehrenvoll abscheiden will. Aber auch eine Enttäuschung bräunte manchmal saftig sein können. Unserer 1. Mannschaft wollen wir aber trotzdem volles Vertrauen schenken und jedem einzelnen Spieler nochmals aus Herz legen, feste und anständig zu spielen, auch wenn wir eine Niederlage einstecken sollten. Wenn auch kein Sieg zustandkommen sollte, so wollen wir uns doch mit der Genugthuung trösten, in Krosleben ein Spiel vorgetragen zu haben, wie es sich von einer anständigen faren Mannschaft gehört. Die 2. Mannschaft spielt vormittags gegen S.C. Eintracht Krosleben 3. In allen Freundschaftsspielen ist es uns bisher gelungen, Eintracht 3. abzuhängen, aber in den Verbandsspielen war es uns nicht vergönnt, in Krosleben die Punkte einzufahren. Wie das morgige Spiel ausfällt, muß nun erst abgewartet werden, da uns die augenblickliche Spielfähre der Eintracht nicht bekannt ist. Die 1. Mannschaft fährt mittags 1.57 Uhr und die 2. Mannschaft vormittags 10.13 Uhr ab Bahnhof Nebra. Aber auch unseren Schladtenbummlern, möchten wir aus Herz legen, sich ruhig zu benehmen, damit die gute Disziplin, die die Mannschaften erst. hinterlassen, nicht durch unpolitische Handlungsweise der Zuschauer verworren wird und sich die Fanatiker aus Krosleben ein Beispiel nehmen können.

In Nebra selbst kommen auch zwei interessante Punktspiele zur Austragung. Um 13.30 Uhr spielt die

1. Jugendmannschaft — Kroslerische Krosleben-Jugend

Die Kroslerische Jugend ist nicht unsere Gäste, deshalb können wir uns über den Ausgang des Spieles kein Urteil erlauben.

In Anschließ an dieses Treffen sieht man noch

9. S. 24 III. Herren — 1. S. 6. Freyburg II. Herren

gegenüber. Hier müssen wir Freyburg ein kleines Plus einräumen. Die Gäste können, wenn sie voll antreten, erst die Punkte mit nach Hause nehmen. Aber auch unsere 3. Mannschaft wollen wir nicht verdrängen, wenn sie das Spiel vorführt wie am vergangenen Sonntag, so wird es Freyburg bestimmt nicht leicht gemacht, die Punkte mitzunehmen. Also allen Spielern nochmals gute Erfolge.

Heute Abend findet um 8.30 Uhr im Gasthaus „Zur Sonne“ unsere Monats-Vermählung (September 1931) statt, wozu wir hierdurch nochmals einladen. Da der Versammlung verschiedene wichtige Angelegenheiten zugrunde liegen, erwarten wir volles Erscheinen. Es ist bedauerlich, daß die letzten Monatsversammlungen meistens nur von 50 Prozent unserer Mitglieder besucht waren. Auch unseren älteren passiven Mitgliedern möchten wir besonders empfehlen, zu dieser Versammlung zu erscheinen und sich etwas mehr um unsere Vereinsangelegenheiten zu kümmern. Es wird hoffentlich in dieser Weise genügen, um nochmals alle dringenden zu erinnern, unsere Versammlungen wieder häufiger zu besuchen.

Tabellenstand der 2. Klasse

Verein	Spiele	gewonnen	unentschieden	verloren	Tore		Punkte	
					für	gegen	+	-
Lanoha I	2	2	—	—	13	2	4	0
Nebra I	1	1	—	—	7	0	2	0
Krosleben I	1	1	—	—	7	2	2	0
Krosleben II	1	1	—	—	6	0	2	0
Freundschaft I	2	1	—	1	7	10	2	2
Freundschaft II	1	—	—	1	0	6	0	2
Waldenbühl I	1	—	—	1	0	7	0	2
Meina I	1	—	—	1	0	8	0	2
Freyburg I	2	—	—	2	5	10	0	4

Wilmhelm Maabe — dem großen Erzähler ist anlässlich seines 100. Geburtstages und der damit verbundenen Gedenkfeste der mitteldeutschen Sender ein ausführlicher Artikel gewidmet. Zur Erinnerung an die „unvergessenen Zeit“ und zur Förderung der „Gedenkfeste im Burgentum“ bringt das gleiche Blatt zahlreiche Abbildungen, ebenso zum Silberfest aus „Helligentab-Bildschilde“. Ein interessanter Artikel befaßt sich mit dem „Schiff, roten Kreuz“, das reich illustrierte Fort. 1920, 0.30 und ist durch jeden Buch- und Zeitungsverkäufer, das Verlagsamt, bzw. den Verlagsgang, Leipzig, C. I., Neiburgstraße 6, zu beziehen.

Richtliche Nachrichten

14. Sonntag nach Trinitatis, den 6. September 1931. Sonntagssprache: „Der Dank opfert, der preiset mich; und da ist der Weg, daß ich ihm zeige das Heil Gottes!“ (Psalm 50, 8. 23)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt: Luk. 17, 8. 11—13)
12 Uhr: Abendgottesdienst für die ältere Abteilung der Kirche.
7 Uhr: Abendgottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindehaus.
 Kollekte für die Bibelstelle.

Dienstag, abends 8 Uhr: Frauenmissionsabende im Gemeindehaus.
Mittwoch, abends 7 Uhr: Bibelstunden im Gemeindehaus. (30b.)

Freitag, abends 8 Uhr: Jungmännerverein im Gemeindehaus.
 Abendgottesdienst am 28. 8. die Hebra Veronika Burg, geb. Eade im Alter von 79 Jahren und am 29. 8. der Schiffer Louis Bastian im Alter von 78 Jahren.

Die Finanznot der Landgemeinden.

Der Landgemeindegtag warnt vor einer überführigen Zusammenlegung von Kreisen.

Berlin, 3. September.

In einer Besprechung mit der Presse entrollte der Präsident des Deutschen Landgemeindegtages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden, Reichstagsabgeordneter Dr. Gerke, ein trostloses Bild von der katastrophalen Lage der Gemeinden. Die Finanznot der ländlichen Gemeinden lasse sich mit Sparmaßnahmen allein nicht mehr beheben. Die Richtlinien des Reichsfinanzministers für eine „Separation“ gingen in erheblichem Umfang wiederum nur von großstädtischen Verhältnissen aus.

Die Finanznot der ländlichen Gemeinden und Kreise beruhe auf der die großen Städte einseitig bevorzugenden Verteilung des Steueraufkommens durch die Finanzangliche der meisten Länder sowie auf der Überbürdung der zwangsausführenden Ausgaben auf den Gebieten der Schule, der Färsorge und des Straßenbaus. Diese Finanznot werde noch besonders verschärfert durch die Sparmaßnahmen, die den Sparpartien erteilt, den Gemeinden Kredite zu gewähren, und damit die leistungswichtigen Gemeinden in eine unhaltbare Lage bringe. Die notwendige Naturalerhaltung der Arbeitslosen müsse bald gefördert werden, wenn auch durch eine vorzeitige Maßnahme meisteiliche Erparnisse nicht erzielt werden.

In einer Entschiedenheit wird die Ermartung ausgesprochen, daß die Verordnung zur Sicherung der Haushalte der Länder und Gemeinden nicht etwa zu einer überführigen, die örtlichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigenden Zusammenlegung von Kreisen gegen den Willen der Bevölkerung benutzt wird.

Gegenseitige Anerkennung thüringischer und sächsischer Gemeindebeamtenprüfungen.

Der Thüringer Städteverband und der Sächsische Gemeindegtag haben eine Vereinbarung getroffen, durch die den thüringischen und sächsischen Gemeinden und Kreisprüfungsämtern empfohlen wird, die Prüfungen der thüringischen und sächsischen Gemeindeverwaltungsbeamten auf Grund der beiderseits bestehenden Prüfungsordnungen als gleichwertig anzusehen. Es handelt sich um die Kurzschreibprüfung, die erste thüringische Verwaltungsprüfung und die erste thüringische Stadtpfängerprüfung für Beamte der Stadtparafallen (Gemeindepfänger) und Stadtpfänger, die als gleichwertig der sächsischen Kurzschreibprüfung und der Verwaltungsamtsprüfung, und um die zweite thüringische Verwaltungsprüfung und die zweite thüringische Stadtpfängerprüfung für Beamte der Stadtparafallen (Gemeindepfänger) und Stadtpfänger, die als gleichwertig der sächsischen mittleren Verwaltungsprüfung gelten sollen. Die Vereinbarung hat auch die Zustimmung des thüringischen und sächsischen Ministeriums des Innern gefunden.

Pflichten und Wünsche des Handwerks.

Staatsverwaltung. — Überwindung der Krise.

Magdeburg. Die Organisationen des Magdeburger Handwerks veranstalteten am Mittwoch eine Kundgebung, die sich mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage befaßte. In zwei groß angelegten Referaten, die von der Verammlung mit lebhafter Zustimmung entgegengenommen wurden, sprach der Präsident des Deutschen Handwerks und Gewerbetreibertages, Stadtrat Rfluga macher, und der Vorsitzende des Magdeburger Innungsausschusses, Reichstagsabgeordneter Francois. Beide Reden waren von dem Grundgedanken erfüllt, daß das deutsche Handwerk mit allen seinen Kräften an der Überwindung der schweren Wirtschaftskrise und an der Erhaltung des Vaterlandes teilzunehmen müsse. Die Ergebnisse seit dem 13. Juli seien eine Warnung an die ganze Welt. Jede Einmischung des Staates in die Wirtschaft müsse zurückgewiesen werden.

Zwangsversteigerung.

Am Sonnabend, d. 5. ds. Mts., vorm. 11 Uhr versteigert sich im Hotel „Zur Burg“ Nebra gegen bar:

1 Klavier, 1 Schreibmaschine, 1 Aktenschrank, 1 Schreibtisch. (Näheres im Termin.)

Bröslen, Gerichtsvollzieher fr. A.

Zwangsversteigerung.

Am Sonnabend, den 5. ds. Mts., vorm. 11 Uhr versteigert sich im Gasthof zu Altenroda

1 Kartoffelrober

gegen bar. Näheres im Termin.

Bröslen, Gerichtsvollzieher fr. A.

Schützengilde Nebra

Zu unseren am 6. September er. stattfindenden

Schießen-Schießen

haben wir Freunde und Gönner herzlichst ein.

Nachmittags: Konzert und Schießen.

Abends: B.A.L.

Das Direktorium.

H. G. B. 24 Nebra a. U.

Sonnabend, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr findet im Gasthaus „Zur Sorge“ unter

Monats-Versammlung

(September)

statt, wozu wir hierdurch einladen.

(Näheres siehe Sportteil.)

Der Vorstand.

1 Schwein

zum Weiterfüttern (von Zweien die Wahl) zu verkaufen.

Kofental 5.

Drucksachen

aller Art in geschmackvoller, sauberer Herstellung liefert billigst die Buchdruckerei W. Sauer Roßleben

Präsident Rfluga macher berichtete auch über seine vor einiger Zeit mit Reichsanwalt Dr. Brüning geführten Verhandlungen. Rfluga macher legte dem Ratgeber die Wünsche des deutschen Handwerks vor, das besonders die Wahl eines laubverwandlichen Vertrauensmannes für Handwerk und Gewerbe fordert. Der Reichsanwalt hat keine Bereitwilligkeit ausgesprochen, bei allen Maßnahmen, die das Handwerk betreffen, Sachverständige hinzuzuziehen.

Abgeschlossen bemerkte Präsident Rfluga macher, daß in der Besprechung zahlreiche Schwierigkeiten, die sich für das Handwerk im Verlaufe der Krise ergeben haben, zur Zufriedenheit des Handwerks gelöst werden konnten.

Ein Gemäldestiefel im Dresdner Zwinger.

Der Diebstahl vereinfacht, der Täter festgenommen.

Dresden. Zu einer aufregenden Szene kam es am Dienstag nachmittag in der Staatlichen Gemäldegalerie im Dresdner Zwinger. Der 29 Jahre alte Schriftsteller Waldemar Gruppe aus Eilen verlor dort ein Gemäldebild von Pietro Rotari, das etwa 40 mal 50 Zentimeter groß ist — bereits unter seinem Mantel verpackt und entfernte sich eilig, als ein Wärter ihn bemerkte. Dieser eilte dem Flüchtenden nach. Der Dieb verbergte sich in einem Toilettenraum. Der Wärter konnte ihm das Bild zwar abnehmen, doch gelang es ihm nicht, den Täter festzunehmen, da sich dieser mit einem Dolch zur Wehr setzte. Pflösch zertrümmerte der Dieb ein Fenster und sprang

etwa 2 1/2 Meter tief in den Zwingerhof hinab. Er wandte sich, verfolgt von den Wärtern und zahlreichen Passanten, nach der Theaterstraße und lief in das Gebäude des Staatlichen Schauspielhauses hinein. Dort konnte er von dort im ersten Stockwerk nach heftiger Gewehr in einem Räume des dritten Stockwerkes festgenommen werden.

Gruppe, der sofort einen Verhör unterworfen wurde, verweigert vorläufig über seine Tat jede Auskunft, so daß noch nicht festgestellt werden konnte, ob er Helfershelfer gehabt hat. Das Bild, das er fleheln wollte, hat einen in besonders hohen Wert.

Messer und Seitengewehr als „Freundschaftsbeweis“.

Dresden. Eine blutige Liebesragodie spielte sich in einem Hause in der Köpferstraße ab. Eine 34 Jahre alte Kontoristin hatte sich Eingang in die elterliche Wohnung eines etwa 26 Jahre alten Kaufmanns verschafft, mit dem sie seit einiger Zeit ein Freundschaftsverhältnis unterhalten hatte, das aber auf Drängen der Eltern des jungen Mannes gelöst werden sollte. Die Kontoristin drang in einem Messer auf ihren früheren Freund ein und verletzte ihn am Kopf. Als der Mann die Wohnung verlassen wollte, verlor die Kontoristin erneut mit einem Seitengewehr auf ihn einzutreten. Er konnte den Angriff jedoch abwehren und die Wohnung verlassen. Die Kontoristin schloß sich in einem Zimmer der Wohnung ein. Dort wurde sie von inzwischen alarmierten Polizeibeamten mit durchschnittenem Handgelenk aufgefunden. Sie mußte in bewußtlosem Zustand in ein Krankenhaus gebracht werden. Die Verletzung des Mannes ist nicht gefährlich.

Zwei tödliche Unfälle in Weimar.

Weimar. Als der 26jährige Kraftwagenführer Wilhelm Lamp aus Köln-Ehrenfeld vor der Schillerstraße einen Schlag unter dem Vorderrad seines Kraftwagens hervorziehen wollte, wurde er von einem vorbeikommenden Radfahrer angefahren und bedarf mit dem Kopf gegen das Auto gelassen, daß er eine schwere Schädelverletzung erlitt. Nachmittags ist er dann im Krankenhaus seiner Verletzung erlegen. Der Verunglückte führte einen Bulettransporter von Berlin nach Köln.

Ein weiterer tödlicher Unfall ereignete sich am Nachmittage des gleichen Tages. Die 81jährige Witwe Wilhelmine

Göring aus Dittfeld a. B. wurde beim Überfahren des Bahndamms von der Straßenbahn berast angefahren, daß sie eine schwere Schädelverletzung und einen Oberkniegelenk erlitt. Auch sie ist am Donnerstag im Krankenhaus gestorben. Die Schuld wird der Unachtsamkeit der Frau zugerechnet.

Das Seitengewehr im Familienkreis.

Weimar. In der Buttstetter Straße kam es zwischen zwei Familien zu Streitigkeiten, in deren Verlauf einer der Beteiligten mit einem russischen Seitengewehr erschossen wurde. Der Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

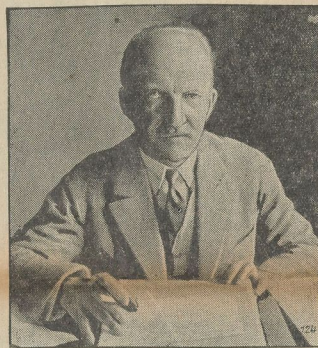
Galpa entläßt 300 Mann.

Zichornwitz. Nach der Zuhilfenahme der neuen Fährbrücke auf der Grube Galpa wurden mehrere Abraumwaggons freigelegt, und als Folge der hiermit in Zusammenhang stehenden Betriebsumstellung wird nun auch zu Arbeiterentlassungen geschritten werden. Vorläufig werden etwa 300 Mann zur Entlassung kommen, wodurch die in der hiesigen Gegend an sich schon recht ungunstigen Arbeitsverhältnisse eine erhebliche Verschlechterung erfahren. In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß der Stromablaß, bei dem ebenfalls zu den Elektrowerken gehörenden Großkraftwerk Zichornwitz um schlagungsweise die Hälfte zurückgegangen ist.

Ein Anwesen eingestürzt.

Falkenstein. In Grünbach brannte am Morgen des Dienstag das Wohnhaus mit Scheune des Grimmarenbaders Emil Schickel vollständig nieder. Von ihren Habseeligkeiten konnte die Familie nur wenig retten. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch unbekannt.

Treibener Spartafest wecket zu 33 Prozent auf. Treiben. Nach Prüfung des Entwurfs zum Teilungsplan für die aufzubereitenden Martipareneanlagen durch den Treibender im Bezirk der Kreispaupmannschaft Keizig ist der Zuweisungslaf der Spartafest Treiben mit 33 Prozent erteilt worden.



Graf Arco scheidet aus der Telefunken-Gesellschaft aus. Graf Arco tritt von der Leitung der Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegrafie zurück, um sich persönlichen Studien zu widmen.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 6. Septbr., abends 8 1/2 Uhr:

Wolga Wolgo

ferner

Geflügel-Zucht.

Es ladet freumblickst ein Vorgwardt.

Fleissige Mitarbeiter

in beliebigen Orten anwits, geschl. Gute Verdienstmöglichkeit. Wichtige Berufsberatung. Für tüchtige Herren besteht Aussicht einer festen Anstellung als Bezirksleiter. - Off. erb. unt. E.C. 158 an Wa. Haafenstein & Bogler, Erfurt.

Spare mündelsther Stadt-Sparkasse Nebra a. U.

bei der

Das schöne
September-
Heft




DAS MAGAZIN

reichhaltig und
ausant

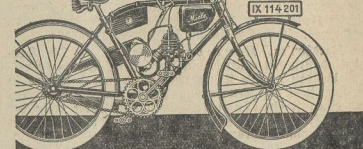
Preis 1 RM. Soeben erschienen

DAS MAGAZIN
DR. EYSLER & Co GMBH BERLIN SW 68

Miele Motor-Fahrrad mit Sachs-Motor

Das ideale Verkehrsmittel für alle Berufe in Stadt und Land.

Tausendfach erprobt. Glänzend bewährt.



Steuer- und führungsfrei. 2 Gänge und Leerlauf. Geschwindigkeit 30 km. Brennstoff 2 l. auf 100 km. Preis in verchromter Ausführung mit Vordergabel-Federung und großem Sattel: Herrenrad RM 311.- Damennad RM 321.-

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.

Über 2000 Werks angehöre. Zu haben in den Fahrradhandlungen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben treusongutter Gattin, Mutter, Schwieger- und Grossmutter gehen wir hierdurch herzlichsten Dank. Insbesondere Dank Herrn Pastor Hoyer für seine trostreichen Worte am Grabe, den Trägern, sowie allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten.

Nebra a. U., Die trauernden Hinterbliebenen:
3. Sept. 1931. Familie August Burg.

Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Hofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer's Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetell 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonto:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 106

Sonnabend, den 5. September 1931

44. Jahrgang

Das Ende des Wiener Protokolls.

Keine oder große Zollunion? — Die neuen Aufgaben.

Eine große Aktion der deutschen Außenpolitik ist beendet — eine Aktion, die in einem anderen Zeitpunkt und unter anderen Voraussetzungen zum Beweiser für eine weitreichende politische Entwicklung hätte werden können. Das Wiener Protokoll vom Februar dieses Jahres wird nicht weiterverfolgt werden. Die Außenminister Deutschlands und Österreichs haben in Genu darauf verzichtet müssen, aus den Richtlinien, die das Protokoll enthält, den Vertrag einer Zollunion zu gestalten. Es kann kein Zweifel bestehen, daß unter allen Umständen ein Versuch, die Wirtschaftsgebiete Deutschlands und Österreichs mit dem Ziel der Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zusammenzufassen, auf Widerstände gestoßen war, aber es ist doch auch nicht zu verkennen — und liegt nach dem Abschluß der Aktion form man das aussprechen —, daß die Begleitumstände diese Überführung vor vollen Auswirkung brachten. Deutschland und Österreich haben, als sie an das Projekt der Zollunion herangingen, einen ersten praktischen Schritt tun wollen, um aus dem theoretischen Gebilde der Genuer Völkervereinigungsmäßigkeit herauszulassen, die Verhandlungen den Weg zur Hebung der Krise, den Weg zu einer solidarischen Arbeit zu zeigen.

Die französischen Delegierten haben auf die Axtung des Völkervereinigungs selbst zugegeben, daß ihre Intention, daß die Abneigung der französischen Wirtschaftskreise gegen jede solidarische Aktion, den Versuch eines selbständigen Vorgehens der deutschen und der österreichischen Regierung erklärt.

Sie haben im Mai angekündigt, daß diese Inaktivität beendet sein werde, und daß sie bereit seien zum aktiven Mitarbeiten an der großen gemeinsamen Aktion. Aber damals hatte man sich durch regenheitsmäßige Mißtrauen durch die peinliche Erfahrungen der vergangenen Wirtschaftssituationen schon zu weit auseinandergeredet, daß eine Verständigung kaum noch zu erzielen war.

Der Sinn der deutsch-österreichischen Zollunion war die Zusammenfassung großer Wirtschaftsgebiete, die Erleichterung des Warenverkehrs, die Behinderung der durch die Verträge von Versailles und St. Germain gezogenen Zollgrenzen, die Beseitigung des unnatürlichen Zustandes, daß jedes der zahlreichen Staatsgebiete der Nachkriegszeit eigene konkurrierende Industrie- und Wirtschaftszweige begründete, die die Schwächung des innereuropäischen Konkurrenzkampfes, der unnatürliche Formen angenommen hatte. Die deutsch-österreichische Zollunion sollte ein Beispiel für die Bekämpfung dieses unnatürlichen Zustandes sein, sie sollte im Kleinen durchführen, was im Großen die Gesamtheit der europäischen Staaten tun muß, wenn der innereuropäische Wirtschaftskampf nicht die Gefahren der Weltwirtschaftskrise noch steigern soll. Will man also zu einer wirtschaftlichen Befriedung Europas kommen, so darf der Versuch auf die deutsch-österreichische Zollunion nur bedeuten, daß man auf ein Beispiel verzichtet hat, nicht auf den Plan selbst. Man hat auf die kleine Zollunion verzichtet, aber man muß versuchen, nimmere die große Zollunion sofort zu schaffen.

Gerade weil der direkte Weg zu einer großen allgemeinen Zollunion aber schwer zu beschreiten ist, hatten sich Deutschland und Österreich seinerzeit zum selbständigen Vorgehen entschlossen.

In den Reden zur Verteidigung des Wiener Protokolls war immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Schwierigkeiten von Wirtschaftsverträgen um so größer sind, je mehr Partner an diesen Verhandlungen sich beteiligen. Die Vielzahl der Partner bei dem Projekt einer Zollunion in größerem Rahmen wird die kommenden Verhandlungen zweifellos wesentlich komplizierter gestalten, als es der Fall gewesen wäre, wenn man versucht hätte, mit einzelnen Mächten einen Vertrag zu schließen.

Dr. Curtius erklärte sodann zum Schluß, das erzielte Ergebnis der Arbeiten der Europakommission erscheine, gemessen an den Dimensionen der fürdringenden Not unserer Zeit, gering, und fuhr fort: „Daß wir in diesem ersten Jahr der Tätigkeit unseres europäischen Gremiums trotz aller gemeinsamen Bemühungen noch nicht zu Ergebnissen gelangen konnten, die unseren leidenden Vätern eine unmittelbare und sichtbarere Erleichterung bringen, wird viele mit bangem Zweifel erfüllen. Wir dürfen uns aber untererleits durch solche Zweifel nicht lähmen lassen.“

Wir müssen uns den Schwierigkeiten, die wir alle im Laufe unserer bisherigen Arbeit immer deutlicher erkannt haben, vielmehr nur die immer dringendere Mahnung entnehmen, nicht nur das, was schon jetzt praktisch durchführbar ist, schnell in die Tat umzusetzen, sondern darüber hinaus mit entschlossenem Willen auch an die uns obliegenden größeren Aufgaben heranzugehen.“

Wirtschaftsausschusses der Europakommission ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht eine neue Auffassung für die europäische Zusammenarbeit geschaffen werden müsse. In dem Bericht ist ferner festgestellt worden, daß ein wesentlicher Fortschritt in der Frage einer europäischen Union zu verzeichnen sei.

Diese Gedankenengänge hätten die deutsche und österreichische Regierung dazu geführt, daß der Gedanke einer Zollunion nur dann einen Erfolg erzielen könne, wenn auch andere Stellen sich bereitstellen würden, dieser Zollunion zwischen den beiden Staaten beizutreten. Die Entwicklung, die seitdem sich vollzogen hat, ist allgemein bekannt. Mit Rücksicht auf diese Entwicklung und in völliger Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung haben die beiden Regierungen nimmere sich verständigt und festgestellt, daß im Gegensatz zu den ursprünglichen Absichten Schwierigkeiten in der Durchführung des Zollunionsplanes eingetreten sind.

Die österreichische Regierung erklärt daher, das Projekt der österreichischen Zollunion nicht weiter verfolgen zu wollen, und hofft, daß diese Erklärung dazu beitragen werde, die notwendige allgemeine Beruhigung herbeizuführen und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Regierungen zu schaffen.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird zu einem größeren Teil außerordentlich vergrößert durch die bestehende weitreichende Vertrauenskrise, die die Grundlagen der europäischen Wirtschaft erschüttert. Die abgegebene Erklärung soll zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen und die engere europäische Zusammenarbeit für die Zukunft sichern.

Die österreichische Regierung ist nach wie vor bereit, an einer gemeinsamen europäischen Aktion mitzuwirken und erklärt von neuem ihre Bereitschaft, sämtliche Pläne für eine wirtschaftliche Gesundung und die Wiederherstellung eingehend zu prüfen.

Die österreichische Regierung hat bereits vor Jahren den Gedanken vertreten, daß ein gemeinsamer Wirtschaftsplan und eine Zusammenarbeit der 27 europäischen Staaten nicht möglich sei und daß deshalb zu einer gruppenweisen Verhandlung geschritten werden muß.

Nach Schobers Rede ergriff Außenminister Dr. Curtius

das Wort und machte zunächst Ausführungen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, über Präferenzzölle und eine Annäherung an dem Wirtschaftsgebiete, die zum Zusammenhellen führen müsse, um dann fortzuführen:

„Der Gedanke der absoluten Notwendigkeit eines engeren wirtschaftlichen Zusammenhells der europäischen Länder hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Die Sachverständigen haben sich vor der Welle dieser Erkenntnis tragen lassen.“

Ich hoffe, daß diese Welle stark genug sein wird, auch die Regierungen aller Staaten und Völker in diesem dem vorgezeichneten Ziel entgegenzuführen.“

Die Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses berühren sich eng mit den Gedanken, aus denen vor einigen Monaten der Plan allen bekannte Plan der deutschen und der österreichischen Regierung herorging. Wir liegt deshalb daran, einige Bemerkungen dazu zu machen, Bemerkungen, die unabhängig von dem in den nächsten Tagen zu erwartenden Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag sind, das sich auf die rechtliche Seite der Angelegenheit bezieht.

Die Absicht der deutschen und der österreichischen Regierung bei dem Projekt einer Zollunion zwischen ihren Ländern ist von vornherein dahin gegangen, daß dieser Plan der Ausgangspunkt für weitergehende Wirtschaftsverträge sein sollte, an denen eine möglichst große Anzahl europäischer Mächte teilnehmen hätte.

Seitdem haben sich die Ereignisse überlagert, so daß sich die ursprüngliche Sachlage völlig verändert hat. Wir stehen jetzt hier in der europäischen Studienkommission vor Plänen von allgemeinerem Charakter. Wir wollen an der Verwirklichung dieser Pläne alles mit allen Kräften mitarbeiten.

In Erwartung eines fruchtbareren Ergebnisses der Arbeiten der europäischen Studienkommission hat die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung nicht die Absicht, das ursprünglich ins Auge gefasste Projekt weiter zu verfolgen.“

Dr. Curtius erklärte sodann zum Schluß, das erzielte Ergebnis der Arbeiten der Europakommission erscheine, gemessen an den Dimensionen der fürdringenden Not unserer Zeit, gering, und fuhr fort: „Daß wir in diesem ersten Jahr der Tätigkeit unseres europäischen Gremiums trotz aller gemeinsamen Bemühungen noch nicht zu Ergebnissen gelangen konnten, die unseren leidenden Vätern eine unmittelbare und sichtbarere Erleichterung bringen, wird viele mit bangem Zweifel erfüllen. Wir dürfen uns aber untererleits durch solche Zweifel nicht lähmen lassen.“

Wir müssen uns den Schwierigkeiten, die wir alle im Laufe unserer bisherigen Arbeit immer deutlicher erkannt haben, vielmehr nur die immer dringendere Mahnung entnehmen, nicht nur das, was schon jetzt praktisch durchführbar ist, schnell in die Tat umzusetzen, sondern darüber hinaus mit entschlossenem Willen auch an die uns obliegenden größeren Aufgaben heranzugehen.“

Befriedigung Flandins und Grandis

Die Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei gingen kurz auf die vom deutschen und österreichischen Vertreter abgegebenen Erklärungen ein. Der französische Finanzminister Flandin erklärte, er habe nicht die Absicht, im Augenblick die Erörterung über den Gesamtbericht des Koordinationskomitees fortzusetzen. Dagegen möge er schon jetzt die Bedeutung der von Dr. Schober und Dr. Curtius abgegebenen Erklärungen hervorheben.

Im Namen seiner Regierung nehme er Kenntnis von der in so glücklicher Weise zum Ausdruck gebrachten Absicht der beiden Regierungen, den Plan einer Zollunion nicht weiter zu verfolgen. Er hoffe, daß das durch diesen Plan unbeeinträchtigt entstandene Ansehen nimmere behoben sei und daß glücklichere Bedingungen für die Entloftung der europäischen Gemeinschaft, die den Dalenzweck dieses Ausschusses bilden, geschaffen würden.

Der italienische Außenminister Grandi erklärte, er nehme mit Befriedigung Kenntnis von den Erklärungen des deutschen und des österreichischen Vertreters, daß sie den Plan einer Zollunion nicht weiter verfolgen wollen.

Er würdige den Geist, der die Erklärungen der beiden Regierungen bestimmt habe, und helle gerne sei, daß diese Frage nimmere aus der Diskussion ausgeschlossen sei.

Der tschechoslowakische Delegierte, Gelehrter Krafka, erklärte ferner, daß er mit lebhaftester Befriedigung von der deutschen und der österreichischen Erklärung Kenntnis nehme und überzeugt sei, daß sie zur allgemeinen Befriedigung Europas beitragen werde.

Befriedigung in Italien.

Die Ausöhnung mit dem heiligen Stuhl.

Rom, 4. September.

In allen Kreisen Italiens wird die Befriedigung des monastischen Konfliktes zwischen dem heiligen Stuhl und der italienischen Regierung wegen der katholischen Aktion begrüßt. Das schließliche Parteireferatium hat an Mussolini ein Telegramm gerichtet, in dem es seiner großen Genugtuung über die Vereinbarung Ausdruck gibt und das Bredachen ablegt.

Die Abmachungen vollkommen loyal und als Falschheit und Gläubige zur Anwendung zu bringen.“

„Dieratore Romano“, das Blatt des Vatikans, spricht in einem kurzen Kommentar ebenfalls von der großen Befriedigung über das Abkommen, das alle Katholiken mit Freude begrüßen würden und das alle Zweifel beseitigen müsse, daß sich die schmerzlichen Zwischenfälle nicht wiederholen würden. Es sei überflüssig zu beweisen, daß mit der jetzigen Vereinbarung die Zufriedenheit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der katholischen Aktion und in der tatsächlichen Partei wiederhergestellt worden sei.

Die Kommentare der römischen Abendblätter stellen ihrerseits fest, daß kein Verzicht des tatsächlichen Staates auf seine grundlegende Forderung vorliegt und daß ihm also die Erziehung, Heranbildung und Vorbereitung der Jugend allein in vollem Umfange zustehe.

Die politische, moralische und körperliche Ausbildung der Jugend bleibt den Jugendorganisationen des Faschismus überlassen.

Ferner wird noch besonders betont, daß auf Grund der jetzigen Vereinbarung ein Uebergegriff der katholischen Aktion auf politische oder gesellschaftliche, außerhalb der tatsächlichen Partei stehende Formationen unmöglich geworden sei.

Eine Erklärung Castles.

Gegen Verschiebung der Abrüstungskonferenz.

Washington, 4. September.

Von Unterstaatssekretär Castle wurde erklärt, man halte es nach wie vor für äußerst wichtig, daß die Konferenz zum vereinbarten Termin stattfinden und endlich die sicherlichen Ausgaben für Rüstungen eingeschränkt werden.“ Castle betonte weiter, das amerikanische Volk würde einen Aufschub nicht verstehen und die physischische Folge wäre Enttäuschung und das Schwächen jeder Aussicht sein, mit Europa am Friedenswert zusammenzuarbeiten.

Die amerikanische Regierung müßte sich einem eventuellen Beschluß des Völkervereinigungs natürlich fügen, aber sie würde eine offizielle Benachdichtigung von einem Aufschub der Konferenz mit möglicher Betonung des Militärs beantworteten. Sollte der Termin wirklich verschoben werden, so sei gar nicht abzusehen, wann jemals wieder ein Termin vereinbart werden könnte.

Das Gdp von Genu.

Die Verzichtserklärung hat eine bestimmte Voraussetzung.

Die Erklärung der Außenminister Deutschlands und Österreichs im Europaausschuss sind von der gesamten Presse in größter Zustimmung wiedergegeben worden. Von den Reichsblättern tabelt die „Berliner Börsen-Zeitung“ die Ausführungen des Ministers Curtius und bemerkt dazu, daß sie nicht die Abhängnahme von einer Politik gemeinen, die noch im Mai als Lebensfrage des deutschen Volkes bezeichnet und als erste große Hoffnung einer beginnenden aktiven Außenpolitik empfunden worden sei.

Die dem Reichsanstalt nahelebende „Germania“ leit

colorchecker CLASSIC

Union. Europakomitee. 5. September. Der Österreichische Wirtschaftsminister Curtius hat die Absicht erklärt, das Projekt einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich nicht weiter zu verfolgen. Die Erklärung wurde in der Europakommission abgegeben. Die deutsche Regierung hat sich ebenfalls dazu geäußert. Die Verhandlungen sind abgebrochen worden. Die Gründe dafür sind die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind zu unterschiedlich. Die Interessen der beiden Völker sind zu verschieden. Die politische Lage ist zu unsicher. Die öffentliche Meinung ist zu geteilt. Die Regierung hat sich daher für eine andere Lösung entschieden. Sie wird versuchen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Sie wird auch an der europäischen Zusammenarbeit arbeiten. Sie wird die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder fördern. Sie wird die politische Zusammenarbeit stärken. Sie wird die öffentliche Meinung beruhigen. Sie wird die Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern fördern. Sie wird die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder fördern. Sie wird die politische Zusammenarbeit stärken. Sie wird die öffentliche Meinung beruhigen. Sie wird die Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern fördern.